

Berlin, 26. März 2024

## **Armut in der Inflation.**

**Statement von Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, anlässlich der Präsentation des Paritätischen Armutsberichtes 2024 am 26. März 2024 in der Bundespressekonferenz**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung in Ihre Bundespressekonferenz und die Möglichkeit, hier unseren Armutsbericht 2024 zu präsentieren, darf ich mich ganz herzlich bedanken.

Wie jedes Jahr basiert unser Bericht auf Daten des Statistischen Bundesamtes, genauer des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, die nunmehr als Endergebnisse für das Jahr 2022 vorliegen. Ein Jahr, das durch den Überfall Russlands auf die Ukraine, eine Energiekrise, eine rasende Inflation und ein nur mäßiges Wirtschaftswachstum geprägt war. Zugleich hatten wir es 2022 jedoch auch mit einem sehr hohen Beschäftigungsstand und einer sinkenden Arbeitslosenquote zu tun.

Die statistischen Armutsbefunde für 2022 fallen durchwachsen aus. Die Armutsquote hat in 2022 zumindest nicht zugenommen. Mit **16,8 Prozent** liegt die Armutsquote allerdings auch nur 0,1 Prozentpunkt unter dem Vorjahresergebnis, was man nicht unbedingt als Rückgang, sondern eher als statistisches Flimmern bezeichnen kann.

### *Armutsquote*

Mit anderen Worten: **Die Armut in Deutschland ist auch in 2022 auf sehr hohem Niveau verblieben.** 14,2 Millionen Menschen müssen zu den Armen gerechnet werden. Das sind 100.000 mehr als im Vorjahr und fast eine Million mehr als im Jahr 2019, also vor dem Beginn von Pandemie, Energie- und Preiskrise. Und es sind 2,7 Millionen mehr Menschen in Armut als 2006, dem Jahr, ab dem wir einen fast ungebrochenen Trend einer stetig wachsenden Armut in Deutschland beobachten können. Dieser Trend ist in 2022 erst einmal gestoppt, doch längst nicht gedreht. Und mit Blick auf die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen in 2023 ist von einem solchen Trendwechsel auch nicht auszugehen.

### *Betroffene Gruppen*

Die am stärksten von der Armut betroffenen Gruppen sind auch 2022 **Alleinerziehende und kinderreiche Familien, Erwerbslose, Menschen mit schlechten Bildungsabschlüssen und ohne deutsche Staatsangehörigkeit**. Sie alle zeigten eine Armutsbetroffenheit von über 30 Prozent.

Auf einem neuen traurigen Rekordwert kletterte in 2022 die **Kinderarmut** in Deutschland. 21,8 Prozent alle Kinder und Jugendlichen – mehr als jeder fünfte Minderjährige – sind mittlerweile von Armut betroffen. Unter Alleinerziehenden lag die Armutsquote bei sage und schreibe 43,2 Prozent.

### *Länder und Regionen*

Mit Blick auf die Länder und Regionen zeigt die Armutsentwicklung in Deutschland ein sehr **heterogenes Bild**. Die Spannweite reicht von Bayern mit einer Armutsquote von lediglich **12,6 Prozent** bis Bremen mit **29,1 Prozent**.

Deutschland zeigt sich in der Armutsbetroffenheit **dreigeteilt**. Bayern, Baden-Württemberg und Brandenburg setzen sich sehr deutlich und positiv vom Bundesdurchschnitt ab.

Weitere sechs Länder – Sachsen, Schleswig-Holstein, Berlin, Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen – liegen mit Quoten von 16,7 bis 17,9 Prozent noch recht nah am gesamtdeutschen Wert von 16,8 Prozent.

Gleich sieben Bundesländer weisen jedoch Armutsquoten von über 18 Prozent auf, fünf von ihnen sogar 19 Prozent und mehr: das Saarland, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und – völlig abgeschlagen – Bremen mit seinen fast 30 Prozent.

Bemerkenswert dabei: **Die Länder driften auseinander**. Während die ohnehin in den letzten Jahren bestplatzierten Bayern, Baden-Württemberg und Brandenburg ihre Armut weiter abbauen konnten, wurde am unteren Ende der Skala, bei den Ländern mit besonders hohen Armutszahlen, zugelegt.

In der Gesamtschau des Länderrankings gibt es 2022 klare Gewinner und Verlierer:

**Gewinner ist unzweifelhaft Berlin**. Mit einem Rückgang der Armutsquote um gleich 2,7 Prozentpunkte bzw. 13 Prozent rückt die Hauptstadt 2022 vom fünfzehnten auf den sechsten Platz vor. Auch Thüringen und Hessen konnten ihre Armut abbauen und sich um einige Plätze verbessern.

Auf der **Verliererseite des Länderrankings stehen eindeutig Hamburg und das Saarland**. Hamburg zeigt in 2022 mit 2 Prozentpunkten bzw. 11 Prozent von allen Ländern die stärkste Zunahme der Armutsquote und fällt damit von Rang acht auf Rang 14. Das Saarland legt um 1,4 Prozentpunkte zu und rutscht damit vom 7. auf den 12. Platz.

Als das unter armutspolitischen Gesichtspunkten problematischste aller Bundesländer muss jedoch **Nordrhein-Westfalen** gelten. Mit über 18 Millionen Einwohner\*innen ist es das bevölkerungsreichste Land und mittlerweile zugleich das Flächenland mit der größten Armut. Um 42 Prozent hat die Armutsquote seit 2006, als der Armutstrend einsetzte,

zugenommen. Sie ist damit in NRW mehr als doppelt so stark gewachsen wie in Gesamtdeutschland, wo der Anstieg „lediglich“ 20 Prozent betrug.

Hinzu kommt, dass Nordrhein-Westfalen das Ruhrgebiet beheimatet, seit Jahren die armutspolitische Problemregion Nummer 1 in Deutschland.

Mit **22,1 Prozent hat das Ruhrgebiet** eine exorbitant hohe Armutsquote. Nun könnte man sagen, Bremen liegt mit 29,1 Prozent ja noch deutlich höher. Der Unterschied ist jedoch: In Bremen leben nicht 5,1 Millionen, sondern nur 680.000 Menschen. Das Ruhrgebiet ist mit 5,1 Millionen Menschen der größte Ballungsraum Deutschlands von denen über 1 Million in Armut leben.

Meine Damen und Herren,

uns war es in diesem Bericht wichtig, auch noch einmal auf die soziale Zusammensetzung der Armutsbetroffenen aufmerksam zu machen, weil es hierzu häufig zu Missverständnissen und falschen politischen Schlussfolgerungen kommt.

### *Sozialstruktur der Armen*

Wer also sind diese 14,2 Millionen Arme unter uns?

Wenn Alleinerziehende, Ausländer\*innen, Erwerbslose oder Menschen mit unzureichenden Bildungsabschlüssen die Gruppen sind, die die höchste Armutsbetroffenheit zeigen, kann und darf daraus nicht der Umkehrschluss gezogen werden, die Armen in Deutschland seien in erster Linie Alleinerziehende, Arbeitslose oder schlecht Qualifizierte ohne deutschen Pass. Das wäre völlig falsch.

70 Prozent der Armen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, 60 Prozent verfügen durchaus über mittlere und sogar höhere Bildungsabschlüsse. Es sind auch nicht vornehmlich Arbeitslose: Erwerbslose machen nur 6 Prozent der erwachsenen Armutsbevölkerung aus. Dagegen sind 34 Prozent von ihnen erwerbstätig und 30 Prozent Rentner\*innen. Mit anderen Worten: **Ein Fünftel der Armen sind Kinder und Jugendliche. Fast zwei Drittel aller erwachsenen Armen gehen entweder einer Arbeit nach oder sind in Rente oder Pension.**

Wenn daher die Armutsproblematik immer wieder verkürzt wird auf die Frage der Arbeitsmarktintegration, geht das schlicht am Problem vorbei.

### *Agenda*

Schauen wir uns an, wer die Armen sind, geht es im Wesentlichen um bessere Erwerbseinkommen, bessere Alterseinkünfte und einen Kinderlastenausgleich, der Kinder und ihre Eltern zuverlässig vor Einkommensarmut schützt. Ich will nur die Stichworte nennen, ohne in die Inhalte zu gehen:

Aus unserer Sicht bedarf es einer Anhebung des **Mindestlohns** auf 15 Euro, um zumindest Vollzeitwerbstätige vor Armut zu schützen.

Es bedarf des Ausbaus der **Kinderbetreuung**, um insbesondere bei Alleinerziehenden erzwungene Teilzeitarbeit mit entsprechenden Einkommenseinbußen zu beenden.

Es bedarf der **Kindergrundsicherung** in einer Höhe, die Kinder und ihre Familien tatsächlich vor Armut schützt.

Es bedarf einer durchgreifenden Reform der gesetzlichen **Rentenversicherung** mit dem Element einer armutsfesten Mindestrente und der perspektivischen Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. Voraussetzung dafür ist nach unserer Auffassung der Umbau der Rentenversicherung zu einer allgemeinen **Bürgerversicherung**.

Es braucht eine **solidarische Pflegeversicherung als Vollversicherung**, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Fast ein Drittel aller Bewohner\*innen von Pflegeheimen ist heute bereits wegen der nicht mehr verkraftbaren Zuzahlungen auf Sozialhilfe angewiesen.

Und es bedarf schließlich einer mutigen **Mietpreisdämpfungspolitik** und der **Schaffung öffentlichen bezahlbaren Wohnraumes**.

Und aus aktuellem Anlass darf ich hinzufügen: Die Auszahlung des versprochenen **Klimageldes** darf nicht weiter verschleppt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Mehr Informationen:

[www.der-paritaetische.de/armutsbericht](http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht)